

Stand: 18.05.2024 23:09:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29329

"Notwendige Ergänzungen der Wohnbauförderung des Bundes für Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29329 vom 13.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29402 vom 14.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 147 vom 14.06.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Notwendige Ergänzungen der Wohnbauförderung des Bundes für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die durch den Bund neu aufgelegte Wohnbauförderung „Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude“ der KfW-Programme 297/298 und „Wohneigentum für Familien“ des KfW-Programms 300 zwar grundsätzlich sinnvoll, jedoch für den größten Teil Bayerns mit seinem bundesweit überdurchschnittlichen Preisniveau in der Ausgestaltung unzureichend ist. Insbesondere sind die maximal geförderten Kreditbeträge zu gering und im Programm 300 auch die Einkommensgrenzen zu niedrig. Angesichts des Wohnraummangels, insbesondere in den bayerischen Ballungsgebieten, muss ein sich abzeichnender Einbruch der Neubautätigkeit im Wohnungsbereich dringend abgewendet oder zumindest abgefedert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund für eine angemessene, ggf. regionalisierte Nachbesserung der KfW-Programme 297/298 „Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude“ und 300 „Wohneigentum für Familien“ einzusetzen. Dabei sollen mindestens folgende Veränderungen erreicht werden:

- in den Programmen 297/298 und 300 sollen die maximalen Kreditbeträge um mindestens 50 Prozent erhöht werden,
- in den Programmen 297/298 und 300 soll eine Zinsbindung von bis zu 15 Jahren möglich sein (bisher 10 Jahre),
- im Programm 300 soll die unterste Einkommensgrenze auf mindestens 85.000 Euro erhöht werden (bisher nur 60.000 Euro),
- im Programm 300 soll die Einkommensgrenze pro Kind um mindestens 20.000 Euro steigen (bisher nur 10.000 Euro).

Begründung:

Die Bundesregierung hat über die KfW die Fördermaßnahmen „Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude“ Programme 297/298 und „Wohneigentum für Familien“ Programm 300 aufgelegt. Angesichts des in weiten Teilen Bayerns im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlichen Preisniveaus für den Neubau von Wohnraum sowie der in jüngsten Zeit massiv gestiegenen Baupreise, sind die Förderbedingungen der genannten Bundesprogramme, zumindest für Bayern, nicht ausreichend, um dem sich abzeichnenden Einbruch im Bereich des Wohnungsbaus wirkungsvoll entgegenzuwirken. Anstatt wie von der Bundesbauministerin angekündigt notleidenden Bauunternehmen „Eigenkapital ersetzende Darlehen“ zu gewähren, sollte lieber das eigentliche Problem,

nämlich der Mangel an realisierten Bauvorhaben angegangen werden. Denn eine reine Rettung von Bauunternehmen schafft keinen neuen Wohnraum, obwohl dieser in weiten Teilen Bayerns dringend notwendig wäre.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/29329

Notwendige Ergänzungen der Wohnbauförderung des Bundes für Bayern

Der Landtag stellt fest, dass die durch den Bund neu aufgelegte Wohnbauförderung „Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude“ der KfW-Programme 297/298 und „Wohneigentum für Familien“ des KfW-Programms 300 zwar grundsätzlich sinnvoll, jedoch für den größten Teil Bayerns mit seinem bundesweit überdurchschnittlichen Preisniveau in der Ausgestaltung unzureichend ist. Insbesondere sind die maximal geförderten Kreditbeträge zu gering und im Programm 300 auch die Einkommensgrenzen zu niedrig. Angesichts des Wohnraummangels, insbesondere in den bayerischen Ballungsgebieten, muss ein sich abzeichnender Einbruch der Neubautätigkeit im Wohnungsbereich dringend abgewendet oder zumindest abgefedert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund für eine angemessene, ggf. regionalisierte Nachbesserung der KfW-Programme 297/298 „Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude“ und 300 „Wohneigentum für Familien“ einzusetzen. Dabei sollen mindestens folgende Veränderungen erreicht werden:

- in den Programmen 297/298 und 300 sollen die maximalen Kreditbeträge um mindestens 50 Prozent erhöht werden,
- in den Programmen 297/298 und 300 soll eine Zinsbindung von bis zu 15 Jahren möglich sein (bisher 10 Jahre),
- im Programm 300 soll die unterste Einkommensgrenze auf mindestens 85.000 Euro erhöht werden (bisher nur 60.000 Euro),
- im Programm 300 soll die Einkommensgrenze pro Kind um mindestens 20.000 Euro steigen (bisher nur 10.000 Euro).

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Hans Friedl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Hans Ritt

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Sebastian Körber

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur weiteren Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Notwendige Ergänzungen der Wohnbauförderung des Bundes für Bayern
(Drs. 18/29329)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Hans Friedl das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bauen war noch nie so teuer wie heute. Das liegt daran, dass die Anforderungen an das Bauen sowie die Grundstückspreise, gerade in den bayerischen Ballungsgebieten, überproportional gestiegen sind. Der KfW-40-Standard wird nach den KfW-Programmen 297/298 gefördert. Das reicht jedoch nicht, um in den Genuss der genannten KfW-Programme zu kommen. Darüber hinaus müssen die Wohngebäude noch einen Nachweis über die Einhaltung des Qualitätssiegels "Nachhaltiges Gebäude Plus" oder des Qualitätssiegels "Nachhaltiges Gebäude Premium", bestätigt durch ein Nachhaltigkeitszertifikat, haben.

Dass dabei Öl- und Gasheizungen oder eine Heizung mit Biomasse nicht gefördert werden, versteht sich unter der Bundes-Ampel fast von selbst. Hier besteht Anpassungsbedarf. Die Förderhöhen im Programm 297/298 stellen nur eine maximale Förderung mit Nachhaltigkeitszertifikat von 150.000 Euro pro Wohnung als Kredit zur Verfügung. Hier müsste noch stärker gefördert werden. Deshalb fordern wir eine Erhöhung dieser Summe um mindestens 50 % auf 225.000 Euro. In der Nachfolge des Baukindergeldes gibt es nun keinen Zuschuss mehr, sondern ebenfalls als Kredit im KfW-Programm 300 maximal 240.000 Euro. Dieses Geld gibt es aber nur bei mindestens fünf Kindern und mit einem Nachhaltigkeitszertifikat. Auch hier sollte der Bund mindestens 50 % drauflegen; denn bei der Zwei-Kind-Familie gibt es derzeit maximal 190.000 Euro.

Bleiben wir beim Programm 300, dem Programm für Familien mit Kindern, die klimafreundlich bauen wollen. Die unterste Einkommensgrenze liegt hier bei 60.000 Euro zu versteuerndem Haushaltseinkommen. Damit die Breite der Bevölkerung, immer die Ballungsgebiete im Blick, in den Genuss dieses Programmes kommt, muss auch hier nachjustiert werden. In den Ballungsräumen, die manchmal auch gerne als Speckgürtel bezeichnet werden, verdienen die Bürger besser als in anderen Regionen, haben aber auch höhere Lebenshaltungskosten, die nicht im zu versteuernden Jahreseinkommen berücksichtigt werden. Leider breiten sich die Speckgürtel immer weiter aus.

Da wir gerade beim Nachfolgeprogramm des Baukindergeldes sind: Die Kinder müssen besser berücksichtigt werden. Statt 10.000 Euro sollte der Bund eine Kreditsumme von 20.000 Euro bereitstellen. Für beide Programme gilt weiterhin, dass die Planungssicherheit für die Kreditnehmer erhöht werden muss. Finanztechnisch erleben wir gerade holprige Zeiten. Deshalb muss die Zinsbindungszeit von 10 auf 15 Jahre erhöht werden. Indem Familien unterstützt werden, trägt der Bund zur Stärkung unserer Gesellschaft bei und schafft eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen.

Unterm Strich sind wir der festen Überzeugung, dass sich eine bessere Wohnraumförderung nachhaltiger auf die Entwicklung der Bauwirtschaft auswirkt als eine direkte Subventionierung durch Darlehen, die Eigenkapital ersetzen soll, wie sie die Ampel gerade andenkt.

Die Bauwirtschaft leidet unter den aktuellen Rahmenbedingungen wie hohen Zinsen und Inflation und sitzt damit im gleichen Boot wie die Bürgerinnen und Bürger, die sich Immobilienwerte schaffen wollen. So würde man aus Sicht der FREIEN WÄHLER eine Win-win-win-Situation schaffen: für die Bürger, für die Wirtschaft und am Ende des Tages auch für den Staat. – Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Jürgen Mistol von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Aktuell haben wir GRÜNE auch nicht recht viel mehr Redezeit als die FREIEN WÄHLER. Deswegen versuche auch ich, mich kurzzufassen. Die Dringlichkeitsanträge der FREIEN WÄHLER folgen momentan immer einem Muster: Entweder wird über die Ampelkoalition geschimpft, oder man ruft nach Hilfen aus Berlin – je nachdem, wie man es gerade braucht.

Herr Kollege Friedl, es ist richtig: Bundesweit ist ein dramatischer Baurückgang zu verzeichnen. Die Gründe sind vielfältig. Gleichzeitig hat der Bund mit der Neubauförderung ein zukunftsorientiertes und klimafreundliches Programm aufgelegt. Das ist ein richtiger Schritt in schwierigen Zeiten. Klar ist aber auch, dass bei neu konzipierten Programmen an der einen oder anderen Stelle schon einmal nachjustiert werden muss.

Unter den genannten Voraussetzungen gehört es zur Ehrlichkeit dazu, zu sagen, dass die aktuellen Förderkonditionen tatsächlich nicht ausreichend sind. Insofern sind Fördergeber, die Ziele verfolgen, immer gut beraten, sich darüber zu vergewissern, dass die Fördersummen auskömmlich sind. Das ist nicht nur beim Bund so; das ist auch bei der bayerischen Wohnraumförderung so, wo auch die Projektmittel pro Projekt nicht ausreichend sind.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, Ihr Antrag zeigt in erstau-
nlicher Sachlichkeit richtige Ansätze auf, beschränkt sich aber zu sehr auf die Eigentumsförderung und schießt teilweise über das Ziel hinaus, weshalb wir uns schlussendlich enthalten. Mein Appell lautet: Machen wir alle unsere Hausaufgaben! Berlin soll seine Hausaufgaben machen, und in München sollen die Hausaufgaben gemacht werden. Es lohnt sich. Die Menschen brauchen bezahlbaren Wohnraum. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Hans Ritt für die CSU-Fraktion.

Hans Ritt (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Rot, Grün und Gelb regieren an den Menschen vorbei, regieren an allem vorbei, was irgendwie Realität ist. Ein anschauliches Beispiel dafür war in den letzten Monaten das Gebäudeenergiegesetz. Mit diesem Dringlichkeitsantrag zeigen die FREIEN WÄHLER das nächste Beispiel.

Die Förderrichtlinie, die die Ampel beschlossen hat, ist auch völlig absurd und an der Realität vorbei, wenn man sich gleichzeitig das Preisniveau in Bayern anschaut. Dass Bayern aus Berlin nicht gut bedient wird, ist jedenfalls eine Tatsache. Was dieser Dringlichkeitsantrag feststellt, ist deshalb richtig. Das sieht die Fraktion der CSU genauso. Es ist gut, wenn Berlin überhaupt etwas macht, um den Wohnungsbau zu fördern. Noch besser aber wäre, wenn das auf die Art gemacht würde, die am sinnvollsten ist.

Dazu gehört, dass man die unterschiedlichen Lebens- und Preisverhältnisse in Deutschland mitbedenkt. In etlichen Regionen Bayerns ist es einfach teurer zu bauen. Deshalb brauchen wir andere Kriterien für die Förderung, eine entsprechende Gestaltung von Kredithöhe und Kreditlaufzeit sowie eine entsprechend angepasste Einkommensgrenze, wie es der Dringlichkeitsantrag fordert. Das brauchen wir.

Ob aber in Bayern oder in dieser Republik überhaupt jemand bei diesen Themen große Hoffnung in den Bund, in Rot, Grün und Gelb setzen kann, darf man bezweifeln; denn überlegt man, was eigentlich die Stärke von SPD, GRÜNEN und FDP ist, dann wird man ziemlich schnell darauf kommen: Förderpolitik ist es ganz sicher nicht.

Wir erinnern uns noch gut an das Wie- und Was-Spiel bei der KfW-Förderung, also den KfW-Förderstopp. Der Wirtschaftsexperte Robert Habeck hat ihn plötzlich aus der Kiste geholt. Er wurde aufgehoben, und das ist auch gut so. So kann man nicht Politik machen; man kann nicht von heute auf morgen einen Stopp bei sinnvollen Förderungen einlegen, einen Förderstopp für Energiespargebäude ohne Vorwarnung durch einen grünen Minister.

Die Republik hat gestaunt, gelacht oder sich geärgert oder alles zugleich. Da hat man erst gemerkt, dass es mit der grünen Unfehlbarkeit und der Expertise gar nicht so weit her ist, die all Ihre Ökoinstitute und Agora-Leute als Einzige in Deutschland oder der Welt angeblich haben. Sogar die "Süddeutsche Zeitung" hat Ende Juli letzten Jahres mitgezählt, wie oft und schnell Habeck den Kurs ändert, ich zitiere:

Es ist bereits das dritte Mal in diesem Jahr, dass der Bund die KfW-Förderung kurzfristig umkrempelt. Zunächst war es dabei um Neubauten gegangen, erst hatte das Wirtschaftsministerium im Januar plötzlich alle Anträge für das auslaufende Förderprogramm zum KfW-55-Standard gestoppt, das Nachfolgeprogramm für neue KfW-40-Häuser war dann im April nach drei Stunden schon wieder weitgehend beendet.

Weitere Beispiele für den Zickzackkurs sind: Festbrennstoffkesselförderung – Förderung runter; Wärmepumpe – Förderung runter; Gashybridheizung – Förderung weg. Natürlich ist der Hintergrund, dass jetzt sogar die GRÜNEN merken, dass das Geld nicht auf den Bäumen wächst oder wie die "Süddeutsche Zeitung" schreibt: "Der Grund dafür ist offenbar drohender Geldmangel."

Dagegen sagt das bayerische Bauministerium: Eine Verbesserung des Programms "Wohneigentum für Familien" durch Landesmittel sehen wir als nicht erforderlich an, da unsere Förderprogramme in der Eigenwohnraumförderung bzw. in der Kombination mit dem neuen Bayerndarlehen erheblich attraktivere Förderkonditionen mit großzügigeren Einkommensgrenzen als im Bundesprogramm bieten. – Meine Damen und Herren, so ist es: Wir als Freistaat fördern sehr viel solider und vor allem berechenbarer.

An der Stelle möchte ich die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, der SPD und der FDP gerne etwas fragen: Was steht eigentlich in eurem Kompromiss zu einer geplanten Förderkulisse? – Nichts. Das ist wenig. Aber Ankündigungen gibt es natürlich. Die grüne Parteichefin Ricarda Lang hat schon einen Fördertopf entdeckt: den Klima- und Transformationsfonds. Frau Lang sagt, man müsse nur noch Details klären.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Nach den bisherigen Erfahrungen muss ich sagen: Es wäre erstaunlich, wenn die Detailarbeit besser klappen würde als bisher. Das sieht man ja auch an den Entwürfen für das Gebäudeenergiegesetz und daran, wie viele Proteste es gebraucht hat, bis dieser jetzt in den Bundestag kommende Gesetzentwurf zusammengezimmert wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen in Berlin, ihr werdet in den vergangenen Monaten selbst gemerkt haben, dass der Teufel im Detail steckt. Anders gesagt: Gut gemeint ist nicht gut gemacht. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, der GRÜNEN und der FDP im Bayerischen Landtag, Sie aber können zeigen, dass Sie auch bayerische Interessen vertreten, und diesem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen; denn so, wie es Rot, Grün und Gelb im Bund vorsehen, ist es für die Menschen in Bayern einfach realitätsfremd. Setzen Sie ein Zeichen und stimmen Sie dem Antrag zu!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Täglich wird die Verzweiflung von vielen Wohnungssuchenden in Bayern größer – und Hoffnung ist nicht in Sicht. Direktor Hans Maier vom Verband bayerischer Wohnungsunternehmen schlägt in der "Süddeutschen" vom 9. Mai Alarm. Die Bestände an Häusern und Wohnungen wachsen hierzulande nicht so schnell wie sie sollten, um dem gerade in Ballungsräumen grassierenden Mangel zu begegnen. Weiter meint der Experte aus seiner Sicht auf die Situation in Bayern, dass 200.000 Wohnungen fehlen würden. Für 2024 fürchtet er, dass mit rückläufigen Fertigstellungszahlen zu rechnen sei. Bauminister Bernreiter hat den Ernst der Lage offensichtlich noch nicht erkannt;

denn er ließ am 5. Mai 2023 eine Pressemitteilung veröffentlichen, in der er einen positiven Trend beim Wohnungsbau verkündete.

Weit weniger optimistisch als der Bauminister schätzt der Landesverband Bayerischer Bauinnungen die Lage ein. Der Verband spricht von einer sich abkühlenden Baukonjunktur. Zwei von drei Firmen erwarten eine noch schlechtere Lage für das kommende Jahr. Der Präsident sagt, dass vor allem im Wohnungsbau der Einbruch erschreckend sei; denn die Anzahl der Baugenehmigungen rausche in den Keller. Die in vielen Regionen akute Wohnungsnot drohe sich daher in den kommenden Jahren durch die wachsende Einwohnerzahl und die viel zu geringe Zahl an Wohnungsneubauten weiter zu verstärken. Der VdW hat die Ursache ausgemacht und meint, dass man einen Zielkonflikt zwischen Klimaschutzmaßnahmen und bezahlbaren Mieten wahrnehme. Auf gut Deutsch heißt das: Der überbordende Klimawahn mit Heizungsverbot, Dämorgie und Sanierungszwang macht Bauen in Bayern unmöglich.

Wir haben aber zahlreiche Anträge und Initiativen mit Auswegen und Lösungen eingebracht. Hier helfen jetzt nur noch massive Zuschüsse von staatlicher Seite. Deshalb befürworten wir den FREIE-WÄHLER-Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Natascha Kohnen von der SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Friedl hat einen angenehm sachlichen Antrag gestellt. Der Beitrag von Herrn Ritt war leider weniger sachlich. Aber ich rede jetzt mal mit dem Hans Friedl direkt. Hans, du beschreibst hier, dass die drei KfW-Programme, die du aufgelistet hast, sinnvoll sind – ich zitiere aus deinem Antrag –, jedoch für den größten Teil Bayerns nicht ausreichend, weil hier in Bayern die Bodenpreise sehr hoch sind. Das hängt auch damit zusammen, dass Bayern extrem überdurchschnittliche Steuermehreinnahmen

im Vergleich zu den anderen Bundesländern hat. Wir sind deutlich wohlhabender. Das ergibt sich aus der Korrelation.

Das Problem, das du beschreibst – es ist ein regionales Problem, weil die KfW-Programme über Deutschland gesamt streuen –, könnten wir meiner Meinung nach, lieber Jürgen Mistol, auch besser regional lösen, und zwar ziemlich schnell, indem wir die Steuermehreinnahmen – allein in diesem Jahr sind es 400 Millionen Euro, im nächsten Jahr 600 Millionen Euro – in Förderprogramme Bayerns einspielen. Die Förderinstrumente hätten wir: LfA. Wir müssen nur aufpassen, dass wir keine Doppelfinanzierung machen, das heißt, dass die sich nicht widersprechen. Aber dafür gibt es Möglichkeiten. Man kann es kommunal binden. Ich nehme an, ebenso wird das Herr Bernreiter begleiten. Die Bundesförderprogramme bei den Genossenschaften werden mit Sicherheit auch von Bayern begleitet werden.

Das schlage ich hier vor: schnelle Lösung, eigene bayerische Förderprogramme. Dann wird der Mangel in Bayern, den du beschreibst, behoben. Machen wir es einfach so.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nun kommt der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann da bei Natascha Kohnen anknüpfen. Wie es Kollege Mistol schon ausgeführt hat: Es ist die alte Leier. Der Bund soll mehr Geld geben. Der Bund soll alles anders machen, alles besser machen. Das kennen wir. Das kann man lustig finden. Irgendein Impuls für eigene Ansätze und Politik ist das Ganze halt nicht. Wenn man in den Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN guckt – der wurde nun einmal geschlossen, den kann man abarbeiten oder nicht, die Regierungskoalition macht es dann eben nicht –, sieht man: Da steht was drin von Förderung von Eigentum, Bayerische Eigenheimzulage, Bayerisches Baukindergeld Plus. Das habe nicht ich mir aus-

gedacht. Das haben sich irgendwelche anderen ausgedacht. Das wurde dann für ein Jahr oder zwei Jahre eingesetzt. Dann wurde es eingestellt. Anscheinend war es den Kollegen von FREIEN WÄHLERN und CSU nicht wichtig genug, die Programme dauerhaft für mehr als ein Jahr oder zwei Jahre zu finanzieren.

Den Vorschlag von Kollegin Kohnen finde ich gut. Man kann es flankieren, indem man sagt: Wir verstehen die Diagnose. Man kann immer mehr Geld für alles geben. Man kann sich diese KfW-Programme anschauen. Die könnte man ganz einfach mit bayerischem Geld flankieren. Da verstehe ich, dass die FREIEN WÄHLER an dieser Stelle unzufrieden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Friedl (FREIE WÄHLER))

Das kann ich nachvollziehen, dass die FREIEN WÄHLER unzufrieden sind mit ihrem Koalitionspartner. Was der amtierende Bauminister hier vorgelegt hat, war so ein kleines – wir könnten es so nennen – "Bernreiters Boosterchen", weil irgendwie überall ein bisschen was ist. Hätte man es flankierend zu den Dingen gemacht, die der Bund aufgelegt hat, wäre das sinnvoller gewesen. Dann wäre auch den Bürgerinnen und Bürgern, den Hauslebauern in Bayern geholfen, wenn sie wissen, okay, das ist das KfW-Programm. Bayern ist vielleicht an der einen oder anderen Stelle etwas teurer, weil es hier so schön ist und so viele Menschen herziehen wollen. Dann könnte man das mit ein paar Tausend Euro extra flankieren. Das wäre die Lösung, und das wäre sinnvoll. Deswegen lehnen wir den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/29329 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die Abgeordneten Bayer-

bach (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.